

Landeszeitung für die Provinz Sachsen



1914. Nr. 226.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 207.

Druckerei für Halle und Magdeburg 240 Str., auch die von Sagen 3 Str., für das Mittelstück.
Die halbe Seite kostet 10 Pfennig, die ganze Seite 20 Pfennig. — Zusätze: Halbescheider
Courier (tägl. 10 Pfennig), N. Unterhaltungsblatt (Sonntagsblatt), Sächs. Mittelzeitung,
Sächsische Wochenzeitung, Sächsische Provinzialblätter, Kinderzeitung (für die junge Welt).

Zweite Ausgabe

Abbestellungsstellen für die halbjährlichen Abonnements oder deren Raum für Halle und den
Landkreis 30 Pfennig, außerhalb 30 Pfennig. — Zusätze am Ende des realistischen Zeits
die Seite 100 Pfennig. Anzeigenannahme bei der Geschäftsstelle in Halle (Saale) und bei allen
bekannten Anzeigenstellen.

Geschäftsstelle in Halle (Saale): Salzburger Straße Nr. 61/62.
Telefon 8108 u. 8109; Telephonamt 8110.
Zustellort: Dr. Strassner-Postfach Halle (Saale).

Freitag, 15. Mai 1914.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 30.
Telefon Amt Kurier Nr. 6300.
Zustellort: Berlin am Eisschloß, Halle (Saale).

Mittelschule und Mittelstand.

Von Dr. Krause (Lauenburg), Mitgl. des Abgeordnetenhauses.

Bei der diesjährigen Beratung des Kultusrats
wies der Kultusminister darauf hin, wie in unserer Zeit die
Verhältnisse sich in der Richtung entwickelt haben, daß die
Eltern vielfach getrieben dazu getrieben werden, ihre Kinder
in die höheren Schulen zu schicken. Heutzutage wollen alle
Beamte werden. Jeder Vater denkt für seinen Sohn an
ein zukünftiges Amt, wo er in Ruhe und Begehrtheit ein
geklärtes Leben und Arbeit findet. Leider entsprechen die
Ausführungen nur allzuoft den Tatsachen, die nicht ge-
rade unserem Vaterlande zum Segen gereichen. Selbst-
verständlicherweise alle, welche eine akademische
Beruf erlangen wollen, ebenso wie die, welche die höhere
oder meiste auch mittlere Beamtenlaufbahn einschlagen
wollen, eine höhere Schule besuchen. Und für dieses Be-
dürfnis ist ja in reichlichem Maße gesorgt. Wir haben in
Preußen 766 höhere Lehranstalten, die von 252 000
Schülern besucht werden. Auch ganz kleine Städte sehen
ihren Ehrgeiz darin, wenigstens höhere Lehranstalten, die
das Einjährige geben, zu gründen; ja, sie bauen diese
Schulen sogar manchmal ohne zwingenden Grund zu Voll-
anstalten aus. Andere, die sich solche Anstalten nicht leisten
können, richten neben der Volksschule noch eine Rektorat-,
Ober- oder Lateinschule ein, deren Schüler bei schuld-
mäßiger Mithilfe nach Durchlaufen der Anstalt ohne weiteres
in die Tertia einer höheren Schule verlegt werden, wo sie
sich eine Berechtigung holen können. Das mag ja für einen
kleinen Teil der Kinder seine Vorteile haben. Viele Kinder
werden aber dadurch nur künstlich, ohne daß sie die nötige
Veranlagung besitzen, für eine höhere Schule geeignet. Es
werden vermögensmäßig wenige Kinder befreit, während die
große Masse der Kinder direkt gefehlt wird. Manche
Eltern haben mit wieder die Berechtigung überdrüssig; ihr
Sohn kommt trotz der Berechtigung nachher gar nicht, oder
nicht recht vorwärts, während er ohne sie in einem prak-
tischen Berufe wahrnehmlich nützlicher geleistet hätte. Denn
daß die höheren Berufe der Akademiker und Beamten sän-
dlich stark überfüllt sind, ist eine leider nicht zu bestreite-
nde Tatsache. Und doch gibt es einen Stand in unserem Vater-
land, der Mangel an jungem Nachwuchs hat, einen Stand,
dessen Weisheit, Gedächtnis und Willen für jeden Staat ge-
radezu eine Lebensfrage bedeutet, einen Stand, der geachtet
ist und der seinen Mann nährt: das ist der Mittelstand!
Ihm sollten die Eltern, die ihm selbst angehören, schon aus
Tradition ihre Söhne in erster Linie zuführen; er kann
aber auch noch vielen anderen jungen Leuten, die für einen
praktischen Beruf veranlagt sind, eine auskömmliche Lebens-
stellung bieten.

Der Mittelstand braucht aber für seinen Nachwuchs
eine seinen Bedürfnissen angepaßte Schule. So steht in
dem Regierungsbericht vom 3. Februar 1910:

„Die Entwidlung auf dem Gebiete des Handels, des
Kunstgewerbes, des Handels und der Industrie erfordert eine
geheiligere Ausbildung der Knaben und der Mädchen für
diese Erwerbszweige. Im Zusammenhang damit macht sich
das Bedürfnis nach einer geeigneteren Vorbereitung auf
mangelhaft mittlere Stellungen im Verwaltungsdienste des
Staates und der Gemeinden, im größeren Industrie- und
Handelsbetriebe geltend.“

Die Volksschule kann nach ihrer ganzen Stellung im
Schulwesen diesen Ansprüchen nicht gerecht werden, die Ziele
der höheren Schule gehen nach der wissenschaftlichen Seite.
Also muß es eine Schule zwischen beiden sein, und das ist
die Mittelschule, auch die wirkliche Mittelschule genannt, im
Gegensatz zu den schon erwähnten Rektorat- u. u. Schulen.
Von diesen haben wir 252, während es wirkliche Mittel-
schulen nur 190 mit rund 77 000 Schülern gibt. Durch den
Erlaß vom 3. Februar 1910 ist das Mittelschulwesen neu ge-
ordnet. Die gesamte Schule ist eine neuartige Anstalt,
sie kann in den drei unteren Klassen mit der Volksschule
einen gemeinsamen Unterbau haben. Dies ist ein Umstand,
der kleineren Gemeinden die Gründung einer solchen Schule
erleichtert. Das nennt Schuljahr — die Volksschule hat
acht — hat für die geistige Ausbildung, wie für die sittliche
Erfahrung und Erziehung der Schüler ganz erhebliche Be-
deutung. Verbindlich ist neben den übrigen Grundfächern
der Unterricht in einer Fremdsprache, Französisch oder
Englisch. Gute Schüler können daneben die letzten drei
Jahre unverbändlich die zweite der beiden Fremdsprachen
treiben. Sie erwerben dadurch die Berechtigung, vor einer
Kommission durch das Bestehen einer Prüfung das Ein-
jährige-Jenatus zu erlangen. Dies ist eine wertvolle Be-
rechtigung für wirklich begabte Schüler, und vor allem
fähig ist sie in feiner Weise die Schulausbildung für einen
Mittelstandsberuf. Im Rechenunterricht der oberen
Klasse wird bereits etwas Vorbereitung geleistet. Auch das
ist gerade für den praktischen Beruf eines Handwerkers oder
Handelstreibenden sehr wichtig. Erweitert wird diese Kennt-
nis denn ja in der Fortbildungsklasse. Weiter ist Hand-
werk und Gartenarbeitunterricht für Knaben unverbändlich ein-
gerichtet. Auch kann auf der Oberstufe unter Innehaltung
der Gesamtstundenzahl der Stundenplan mit Rücksicht auf
den späteren kaufmännischen oder gewerblichen Beruf der

Knaben verändert werden. Ebenso können in ähnlicher
Weise, je nach der Gegend unseres Vaterlandes, andere Er-
werbszweige, wie z. B. Landwirtschaft, Schiffahrt, Berg-
wesen berücksichtigt werden.

Schon diese wenigen Angaben über die wirkliche Mittel-
schule zeigen ihren großen Wert für den Mittelstand. Sie
ist eine zwischen der Volksschule und höheren Schule
stehende Schulrichtung, die unter Vermittlung auch des
geringsten Etwas wissenschaftlichen Betriebes die Kinder
in ihrem Lebenskreis heimlich macht und sie befähigt, sich in
ihrem späteren Lebenslauf zurechtzufinden. Sie ist eine
Schule nicht der Berechtigung, sie ist eine Schule für das
praktische Leben, für einen praktischen Beruf. Sie ist die
Schule für Eltern, die ihren Sohn nicht in eine höhere
Schule schicken und einjährig lassen wollen oder
sollen, die ihn aber eine weitergehende Bildung mit-
geben wollen, als sie die Volksschule nach ihrer natürlich auch
bedeutenden Aufgabe dem Staate geben kann. Sie gibt
die besten Kenntnisse für einen Mittelstandsberuf. Sie
hat aber auch eine große Bedeutung für unseren Heeres-
erf. Die Soldaten, die einst eine Mittelschule besucht
haben, und nun zwei- oder dreijährig dienen, werden ver-
möge ihrer größeren Erziehung, die ja vornehmlich nach der
praktischen Seite geht, erheblich auf ihre Kameraden ein-
wirken können, sie werden manchmal mehr als die Ein-
jährigen ihren Vorgesetzten eine wertvolle Stütze sein, und
auch ihnen werden, militärische Tüchtigkeit vorausgesetzt,
brauchbare Unteroffiziere der Reserve und Landwehr ent-
nommen werden können.

Darum ist im dringenden Interesse des Mittelstandes
und damit unseres ganzen Staates nur auf das Bestehteste
zu wünschen, es möchten künftig weniger als bisher größere
Schulen ohne zwingendes Bedürfnis neu geschaffen,
sondern vielmehr in größerem Umfange wirkliche Mittel-
schulen begründet werden.

Mittelschulen für den Mittelstand!

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 14. Mai 1914.

Am Bundesratstische: Kühn, Dr. Solf.
Präsident Dr. Baumbach eröffnete die Sitzung um 11 Uhr
20 Minuten.

Das Haus leitete die zweite Lesung des Reichshaushalts-
etats für 1914 fort und wendete sich zunächst zur zweiten Er-
gänzung des

Haushalts für die Schutzgebiete

für 1914, in welchem für die indonesienische Schutz-
gebiete eine Erhöhung der Kapitalien für die Landbau von
5 Millionen gefordert wird. Die Kommission hatte be-
tragt, nur den halben Betrag zu bewilligen.

Staatssekretär Dr. Solf: Der Landesrat bittet in einem
Telegramm, doch die volle Summe zu bewilligen. Sollte
wirklich die in der Budgetkommission geäußerte Befürchtung
geteilt werden, daß bei der Bewilligung von Krediten etwas
zu rasch vorgegangen wird, so würde ich mich verpflichten,
dem Gouverneur zu schreiben, daß darauf Rücksicht ge-
nommen werden soll, bei der Vergebung der Darlehen nicht zu
schnell vorzugehen.

Abg. Dr. Eitel (Deutschkons.): Auch ich möchte bitten, die
Regierungsvorlage wieder heranzustellen.

Die Regierungsvorlage wurde gegen die Stimmen der
Konservativen abgelehnt und der Kommissionsantrag somit
angenommen.

Der von der Kommission vorgeschlagene Gesetzentwurf,
betreffend Sanierung der Anlagen zu Bahn-, Straßen-,
Hafen- und Strombauwerken in den Kolonien, wurde von der
Tagesordnung abgelehnt, nachdem

Staatssekretär Dr. Solf erklärt hatte, mit diesen Voraus-
setzungen für den Bau der Doornbos-Bandbahn einverstanden
zu sein und für eine rechtzeitige Verbringung in diesem
Sinne sorgen zu wollen, wobei dafür, daß eine Verzögerung
des Bahnbau nicht eintreten werde.

Der Etat der Schutzgebiete wurde ohne Debatte be-
willigt.

Eine Reihe kleinerer Etats wurde von der Tagesordnung
abgelehnt.

Die Verlängerung des Handels- und Schiffahrtsvertrages
mit der Türkei sowie ein Abkommen, betreffend Schutz des
gewerblichen und geistigen Eigentums mit Japan wurde in
erster und zweiter Lesung erledigt.

Das Haus ging darauf zur Beratung des
Etats des Auswärtigen Amtes

über.
Am Bundesratstische erschienen der Staatssekretär des
Auswärtigen Amtes und Unterstaatssekretär Zimmermann.
Berichterstatter Abg. Passermann (Nationalist.) gab einen
umfassenden Überblick über die Verhandlungen der Kom-
mission in Bezug auf die allgemeine politische Lage. Er
leitete dabei insbesondere die Auskünfte mit, die der Staats-
sekretär des Auswärtigen Amtes in der Budgetkommission
erteilt hatte. Die Budgetkommission hat in dieser Bezie-
hung folgende Resolutionen

zur Reform des diplomatischen Dienstes
vorgeschlagen: den Reichskanzler zu erlauben:
a) eine Verordnung zu erlassen, durch welche die Er-
nennung zum Legationssekretär und Legationsrat vom Be-

traten einer gleichartigen Prüfung abhängig gemacht wird,
die vor Eintritt abzulegen ist. Diese Prüfung hat zu un-
terschiedlichen Abteilungen zu bestehen, die die Auswärtigen
Amter, die Handelswissenschaften, Geographie und Sprachen-
kunde. Bei Bewerber, die in einem der Bundesstaaten die
zweite juristische Prüfung oder die Prüfung für den höheren
Verwaltungsdienst bestanden haben, beschränkt sich die Prüfung
auf deutsche und ausländische Volkswirtschaft, Handels-
wissenschaften und Sprachenkunde. Die Prüfungskommission
hat zu bestehen aus: dem Staatssekretär des Auswärtigen
Amtes oder dem Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes
als leitendem Vertreter, als Vorsitzenden, sowie aus folgen-
den Mitgliedern: einem ordentlichen Professor der Rechts-
wissenschaften, einem ordentlichen Professor der Volkswirt-
schaftslehre, einem ordentlichen Professor einer Handels-
hochschule, zwei Vertretern des praktischen wirtschaftlichen
Lebens, je einer der französischen und der englischen Sprache
mächtigen Persönlichkeit.

Die Beratung der Mitglieder der Prüfungskommission,
die für jedes Prüfungsfach mit mindestens drei Personen zu
bestehen ist, erfolgt durch den Reichskanzler und wird all-
jährlich durch den Reichskanzler veröffentlicht.

b) eine Verordnung zu erlassen, durch die bestimmt wird,
daß die nach § 7 Nr. 2 des Gesetzes, betreffend die Organisa-
tion der Bundeskonkulate, welche die Amtsstellen und Stellen
der Bundeskonkulate, für die Bekleidung des Amtes eines
Berufskonsulats erforderliche besondere Prüfung vor der er-
wähnten Prüfungskommission abzulegen ist.

Hierauf ergreift das Wort:

Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Jagow:
Seitdem der Herr Reichskanzler zum letzten Male an dieser
Stelle über die Auswärtigen Amtstische gesprochen hat, hat die
allgemeine Entspannung in Europa Fort-
schritt gemacht. Die Liquidation der durch den Balkan-
krieg geschaffenen Lage ist, wie wir hoffen, zu einer gewissen
Abklärung gelangt, nachdem die in dem Beschlusse der Kon-
ferenz der Großmächte und des Kaiserlichen Friedens-
kongresses vereinbarten Bedingungen schließlich von den Beteiligten
als Grundlage für den Frieden acceptiert worden sind. Aller-
dings ist dringend zu wünschen, daß der tatsächlichen Durch-
führung der Beschlüsse von keinem der Beteiligten Schwierig-
keiten bereitet, daß vielmehr auf dem Wege der Verständi-
gung diejenigen Differenzen ausgeglichen werden, die bei
den großen Umnäunungen nicht ausbleiben können.

Nach den früheren Prüfungen, denen das
bestrebte ostionische Reich

ausgeteilt gewesen ist, wird, wie wir annehmen, die Regenera-
tion, die es sich zum Ziele gesetzt hat, nur gefördert werden,
wenn es gelingt, praktisch ein friedliches Nebeneinander-
leben der verschiedenen Elemente in den neuerrichteten Ge-
bietstenden zu gewährleisten. Als ein erfreuliches Zeichen
erlebe ich mir, daß die türkische Regierung sich den Rat-
schlägen der Mächte entsprechend zur Einführung von Re-
formen in Armenien entschlossen hat, die zu der
Soffnung berechtigen, daß auch in diesem Teil des türkischen
Reiches betriebende Verhältnisse sich entwickeln werden.
(Beifall.) Da auch die türkische

Balkanstaaten

ihren Landesverweir wirtschaftlich und kulturell nur in ruhiger
Friedensarbeit entwickeln können, dürfte Grund für die Hoff-
nung sein, daß alle Beteiligten weiterhin auf einen fried-
lichen Austrag bedacht sein werden. Wir lassen es uns an-
gelegen sein, darauf hinzuwirken, soviel wir vermögen.

Albanien

sind in den letzten Tagen widersprechende Nach-
richten in die Presse gedrungen. Nachdem Griechenland dem
Wunsche der Mächte entsprechend, Be-
schlüssen hat, seine Truppen aus Epirus abzurufen und die albanische
Regierung sich zu gewissen Konzessionen
geneigt zu zeigen scheint, und nachdem die Kontrollkom-
mission eine Vermittlungsaktion zwischen den rivalisierenden
und der albanischen Regierung übernommen hat, dürfen wir
hoffen, daß es gelingen wird, auch dort die Ruhe herzu-
stellen. Bei den noch unentwickelten Lebensbedingungen des
bisher an stoffe Staatsformen nicht gewöhnten Landes
wird man sich allerdings davor hüten müssen, noch nicht ge-
ordnete und unruhige Zustände mit dem gewohnten Maße
zu messen. Es scheint mir deshalb kein Grund gegeben zu
sein, die allmähliche Konsolidierung des albanischen Staates
als eine Utopie zu behandeln.

Wenn wir von der gegenwärtigen Lage aus auf die
Balkanregion zurückblicken, so dürfen wir mit Genuga-
tigkeit feststellen, daß es dem einheitslichen und ge-
schlossenen

Auftreten des Dreiecks

bisher gelungen ist, in freundschaftlichen Einver-
nehmen mit England, Rußland und Frankreich die be-
rechtigten Interessen der verbündeten Monarchien in vollem
Umfange zu wahren (Beifall). Ich bezeuge mich hierin
mit den Anknüpfungen, die der Leiter der Auswärtigen
Affären des Reichsratsdelegationen dargelegt hat. Ein
wesentliches Verdienst an dem bisher Erreichten fällt der
bekanntem, maßvollen und vernünftigen Haltung
Rumanens zu. Die hohe Weisheit seines Herrschers
und seiner Regierung bürgt uns dafür, daß Rumanien an
dieser durch den Erlaß bewährten Politik auch weiterhin

festhalten und in Anerkennung an alle Freunde an der Erfüllung des durch die Bundesrat und Londoner Verträge wiederhergestellten Friedens mitarbeiten wird (Rebhafter Beifall). Die Grundzüge von denen sich die deutsche Politik hat leiten lassen, werden uns auch in der Zukunft als Richtschnur dienen. Unter billiger Rücksichtnahme auf die Rechte und Interessen anderer Mächte und in voller Sympathie mit der Entzweiung der Balkanstaaten werden wir stets fest und entschlossen für die eigenen Rechte und Interessen sowie diejenigen unserer Bundesgenossen eintriften, und wann immer die Gelegenheit hierzu sich bietet (Rebhafter Beifall). Unzer

Verhältnis zu Russland
hat neuerdings die Schenlichkeit in erhöhtem Maße in Anspruch genommen. Der Herr Reichskanzler bedauert ganz besonders, die folgenden Ausführungen können nicht selbst nachsehen zu können. In den letzten Tagen hat das Urteil in dem Prozeß gegen die deutschen Ausschüßler weitaus Aufsehen erregt. Wir haben die russische Regierung gebeten, uns die Begründung des Urteils baldmöglichst mitzuteilen. Was dahin muß ich mit einer Ausdrucksweise über die Sache zurückhalten. Zweifellos hat sich die schon seit langem in einem Teil der russischen Presse herrschende deutsch-feindliche Bewegung in letzter Zeit immer mehr verschärft (Görli Görli) und auf den verschiedensten Gebieten zu einer fast systematischen Campaigne gegen uns geführt. Diejenigen, die diese Campaigne unterhalten haben, können sich nicht wundern, daß es schließlich auch dem Wabbe herausfällt, wie hingeworfen wird (Rebhafter Beifall). Wie ich es schon in der Kommission getan habe, möchte ich mich aber nochmals gegen die Versuche verwahren, die Kaiserliche Regierung für einzelne dieser Fundgebungen in der deutschen Presse verantwortlich zu machen. Die Reaktion in Deutschland war ebenfalls eine Folge der Aktion, die ein Teil der russischen Presse begonnen hatte. Wir haben bei diesem russisch-deutschen Pressestreit wieder eine alte Erfahrung machen müssen. Keinem Beobachter der Presse des Auslands wird es entgangen sein, daß man dort geneigt ist, uns und andere Mächte mit ungleichem Maß zu messen. Jede Fundgebung eines unsrerer Verdienste in aktiven Offizieren, die gelegentlich einmal energisch mit dem Sabel raffen, jede Fundgebung auf den Versammlungen unserer nationalen Vereine, auf denen die Wobden der nationalen Begeisterung einmal etwas höher schlagen, wird von der Presse des Auslands mit sorgenvoller Miene registriert. Wenn wir aber, wie das veröblich der Fall ist, von Ost oder West, meistens aber von beiden Seiten gleichzeitig, mit Angriffen oder Drohungen bedacht werden, so schenkt dem auerhalb Deutschlands niemand besondere Beachtung. (Rebhafter Zustimmung). So erklärt es sich meines Erachtens, daß, als damals unsere Presse etwas kritische Worte der Wabber fand, ein führendes englisches Blatt es für notwendig hielt, darauf hinzuweisen, daß eine Fortdauer dieser Bewegung das sicherste Mittel sei, um den engeren Zusammenhang der Entenemächte herbeizuführen. Ich kann wohl sagen, ich war nicht einmal erstaunt darüber, denn es war mir wohl bekannt, daß die Campaigne, die gewisse Organe der öffentlichen Meinung in Russland durch Monate hindurch gegen uns geführt hatte, in der englischen Presse keine oder doch jedenfalls nicht annähernd die Beachtung gefunden hatte, die der Widerhall hervorrief, den diese Campaigne nimmend in Deutschland erndet. (Zustimmung). Ich kann mir wiederholen, was der Herr Reichskanzler hier vor einem Jahre gesagt hat. Wir kennen keine realen Gegensätze, die einem friedlichen Nebeneinanderleben der beiden Nachbarreiche Russland und Deutschland hinderlich wären. Auch handelspolitische Schwierigkeiten, die demnach entstehen könnten, werden sich bei gutem, gegenseitigen Willen lösen lassen. Ich habe Grund zu der Annahme, daß auch die russische Regierung ungeachtet der erwähnten Exzessen, an diesem alten freundschaftlichen Verhältnis festhalten will. Was die viel diskutierten schwebenden Verhandlungen über gewisse, den

näheren Orient
betreffenden Fragen angeht, so bin ich leider nicht in der Lage, Ihnen heute darüber nähere Mitteilungen zu machen, da die Verhandlungen noch nicht mit allen beteiligten Staaten abgeschlossen sind. Von beiden Seiten werden diese Verhandlungen mit England in dem freundschaftlichen Geiste geführt, der auch sonst in unseren Beziehungen zu Großbritannien herrscht. (Beifall). Wir haben auch

Verhandlungen mit Frankreich
gepflogen, und wenn ihr Inhalt auch in erster Linie finanzieller und technischer Natur ist, so glaube ich es doch politisch begrüßen zu können, wenn wir mit unserem westlichen Nachbarn zu einer derartigen, reichsübergreifenden Verständigung gelangen.

Alle diese Verhandlungen stehen in einem gewissen Zusammenhang. Einzelne Teile des Verhandlungsverkehrs vorweg der Öffentlichkeit zu übergeben, dürfte nicht im Interesse der Sache liegen.

Die ungelöste Frage der Dinge in Mexiko

hat eine weitere Verschärfung erfahren infolge des Konflikts, der mit der Regierung der Vereinigten Staaten entstanden ist. Wirtschaftliche und persönliche Interessen deutscher Staatsangehöriger sind leider in hohem Grade durch den Bürgerkrieg in Mittelamerika geogen. Wir haben uns bemüht, für die persönliche Sicherheit unserer in Mexiko lebenden Landsleute nach Möglichkeit Vorkehrungen zu treffen, und unsere Bemühungen sind glücklicherweise bisher von Erfolg gewesen. Was die wirtschaftlichen Schädigungen anbelangt, so werden wir dazu Stellung zu nehmen haben, sobald die Ordnung in Mexiko wieder hergestellt ist. Vorbereitende Schritte haben wir bereits getan. Wir haben es freudig begrüßt, daß die Regierung der Vereinigten Staaten, mit der auch wir fortgesetzt die besten Beziehungen unterhalten, sich entschlossen hat, die Vermittlung der drei großen südamerikanischen Republiken anzunehmen. Die Verhandlungen der Vermittler werden am 18. Mai in Niagarafalls beginnen. Die weitere Entwicklung wird abzuwarten sein.

Mit Argentinien, Chile und Brasilien, die die Friedensmission übernommen haben, sind wir in letzter Zeit wiederholt in Verbindung gekommen. Ich gedenke mit dem freundschaftlichen Umfange, den Seine Königliche Hoheit Prinz Saxe-Coburg und seine Gemahlin sowie das deutsche Gesandtschaftsmitglied in den südamerikanischen Republiken gefunden haben. (Beifall). Die Wärme dieser Aufnahme beweist, was ich mit Genugtuung feststellen möchte, daß man von der Aufmerksamkeit dieses

gen zu dienen aufstrebenden Ländern ohne politische Unterabhandlungen zu fördern. Darin erweist sich ein Vertrauen in die Aufrichtigkeit der deutschen Politik, das gerade auf dem Gebiete der internationalen Beziehungen eine Vorbedingung des Erfolges bildet (Sehr richtig), und das uns zu erhalten und zu stärken mir beizuhelfen sein werden. (Rebhafter Beifall). Ich richte an Sie, meine Herren, die Bitte, uns in diesem Bestreben zu unterstützen, das beiden großen Aufgaben, die uns gestellt sind, der Sicherung unserer gerade vom Glück nicht begünstigten geographischen Lage und der Entfaltung der wirtschaftlichen und kulturellen Kräfte Deutschlands in der Welt arbeiten wir mit der Anspannung aller unserer Kräfte. Den Erfolg zu unterziehen, haben wir auch dann keinen Anlaß, wenn er sich zwar nicht sprunghaft, aber allmählich sicher und in stetigem Wachstum einstellt. (Rebhafter Beifall).

Herr v. Bodel (Sog.): Was wir hier zu hören bekommen haben, über die auswärtige Politik und die weltpolitische Lage, ist jedem aufmerksamen Zeitungsläser seit langem bekannt. Wenn der Staatssekretär nicht mehr sagt, so liegt es nicht an dem Mangel des Wissens, sondern des Willens. Man will einfach diesem Reichstag das verlassende demokratische Wahlrecht nicht mehr mitteilen. Wir waren nur Schleppenträger der österreichischen Politik. Deshalb sind die österreichischen Vlamagen auch unsere Vlamagen. Wir wollen Frieden mit dem französischen Volke. Ich diene deutschen Interessen, wenn ich mit dem Parteiführer Vives la France (Beifall bei dem Sozialdemokraten, nachher rechts). **Herr Dr. Gumbel (Str.)**: Der Vorkredner hat zum Schluß Frankreich leben lassen, das heißt Frankreich, das mit seinem Gelde die russischen Waffen gegen uns kauft. Damit erledigt sich wohl seine ganze Phrasologie. Was zwischen den beiden Staaten England und Deutschland nötig ist, ist nicht ihre gegenseitige wirtschaftliche Befähigung, sondern daß sie von gemeinsamen Gesichtspunkten aus an die gemeinsame Erhaltung Zentral-Europas gehen. Die Bedeutung der slavischen Vormacht Rußland steigt von Jahr zu Jahr. Russisches Volk, russisches Land und russische Sprache muß bei immer stärker in den Kreis der Betrachtung gezogen werden.

Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Jagow: Ich möchte bemerken, daß an dem Veto, das seinerzeit von dem Kardinal von Kraun gegen die Wahl des Kardinals Rambolla im Namen Österreichs eingelegt ist, Deutschland bzw. die Kaiserliche Regierung keinerlei Anteil hat. **Herr v. Bodel (Sog.)**: Wir sind überzeugte Freunde des Dreibundes, aber wir verkennen nicht, daß in Österreich-Ungarn gewisse Stimmen laut geworden sind, welche den Dreibund alsbald beurteilen. Für die deutsche Politik scheint es mir allerdings zu sein, die guten Beziehungen zu England und Rußland möglichst aufrecht zu erhalten. Auf der zweiten großen Konferenz wurde der Seeverkehr zugelassen. In England aber entlassen die Schwierigkeiten. Es würde mich freuen, wenn England seine Haltung ändern würde.

Staatssekretär v. Jagow: Zur Ratifizierung der Seerechtsdeklaration sind wir bereit, aber das englische Parlament hat ihr noch nicht zugestimmt.

Herr v. Goltz (Fortf.): Wir haben Ursache, unsere Kapitalbildung zu stärken, um auch dem Auslande gegenüber als Geldgeber aufzutreten. Aber gerade die engeren Mittelsklassen verbinden uns die finanzpolitische Machtstellung einzunehmen, die wir wünschen müssen. Götten wir nicht das unselige Kaltebein, so hätten wir eine Milliarde zur Verfügung. (Zustimmung links). Wir müssen daran denken, daß die Werteverminderungspolitik uns schwächt. Unsere Außenpolitik, muß unsere natürlichen Verbindungen im Norden zurückführen, ebenso die Polenpolitik Rußland und das österreichische Slaventum.

Staatssekretär von Jagow: Ich habe mir selbst gestellt, daß die russisch-deutsche Verständigung nicht von deutscher, sondern von russischer Seite ausgegangen ist und daß das Maß, mit dem im Ausland gemessen wird, nicht ein gleiches ist.

Herr Dr. Drexel (Deutschf.): Die von der Budgetkommission vorgeschlagene Entschliessung verliert sich doch zu sehr in Einzelheiten; sie befristet sich nicht darauf, zu verlangen, daß die diplomatischen und konsularischen Beamten gerüßt werden, sie will auch Vorordnungen machen über die Zusammenlegung der Prüfungskommission. Sie geht ganz bis ins Einzelne hinein. Deswegen sind wir nicht geneigt, auf dem Boden dieser Entschliessung zu treten. **Herr v. Goltz (Sog.)**: Nach uns sind in Frankreich so starke Rechte gegeben worden, wie jetzt, wo wir eine Politik der Verständigung mit Frankreich begonnen haben.

Intermittentsekretär Zimmermann: Auf unsere letzte Anfrage bei der englischen Regierung wegen der Entschliessung der Deutschen aus dem Burenriege haben wir noch keine Antwort erhalten. Wir werden von neuem vorstellig werden.

Herr v. Mumm (Wirtsch. Vg.): Offizielle Fundgebungen sollten nur in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung, nicht aber auch in der Süddeutschen Zeitung erfolgen. Bedauerlich ist, daß von einem deutschen Konsulat eine journalistische Zeitschrift zum Annonzieren empfohlen worden ist.

Herr v. D. Johannes: Unter den gegebenen Verhältnissen hatte der Konsul geglaubt, ohne gegen die Vorschriften verstoßen zu wollen, eine bestimmte Zeitschrift den deutschen Exporteuren zu empfehlen, um die Exporteure mit den Abnehmern in Verbindung zu bringen.

Darauf wurde auf Vorfrage des Präsidenten trotz lebhaften Widerpruches betragt. **Wichtige Sitzung Freitag 11 Uhr**: Anfragen; Weiterberatung; kleinere Eilings; kleine Vorlagen.

Schluss nach 7 Uhr.

Preussischer Landtag. Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 14. Mai 1914.
Am Regierungstische: Dr. Lenke.
Präsident Dr. Graf v. Schwerin-Schmig eröffnete die Sitzung um 11 1/2 Uhr.

Auf der Tagesordnung standen zunächst einige noch ausstehende Titel verschiedener Epietale.

Zum Etat des Abgeordnetenhauses beantragte die Budgetkommission: die Regierung zu erlauben, den Fonds zu außerordentlichen Remunerationen und Unterstützung für Beamte und für das Hilfspersonal des Hauses vom Etatsjahr 1915 ab angemessen weiter zu erhöhen.

Zu dem gleichen Fonds im Etat des Herrenhauses, der mit 5700 Mark vorgelegen ist, beantragte die Kommission sofort 5400 Mark hinzuzusetzen, also 6240 Mark zu bewilligen.

Das Haus beschloß ohne weitere Debatte nach den Anträgen der Kommission.

Der Titel betreffend Förderung der inneren Kolonisation, aus dem Etat der Landwirtschaftlichen Verwaltung wurde unter dem Titel a 1 g e n n e die Zerstörung über Förderung der inneren Kolonisation in den Provinzen Südbreuzen, Pommern und Brandenburg für das Etatsjahr 1912 wurde durch Reminiscenznahme für erledigt erklärt. Zu der Position, betreffend den Alpenfondationsfonds, aus dem Etat des Finanzministeriums beantragte

Herr v. Goltz (Sog.): gesetzliche Regelung der Bezüge der Alpenfondation in der Weise, daß den Alpenfondation ohne besonderen Antrag eine Pensionsschulde gebührt wird.

Finanzminister Dr. Lenke: Eine sorgfältige Prüfung der Angelegenheit hat ergeben, daß die Staatsregierung außerstand ist, einen Gehaltswunsch zur Erhöhung der Bezüge der Alpenfondation einzubringen. (Görli Görli) Wenn wir die Alpenfondation der Neupensionären gleichstellen würden, so würden wir 48 Millionen hierfür nötig haben. Zudem würden wir damit auch die Verpflichtung für die Zukunft übernehmen, bei jeder Gehaltserhöhung auch die Pensionen der Alpenfondation entsprechend zu erhöhen. Ich bitte daher, die hier gestellten Anträge abzulehnen. Gegenwärtig geben wir nur nur die Auswendungen, wo es tatsächlich notwendig ist. Die Regierung ist leider außerstande, einen anderen Standpunkt in dieser Frage einzunehmen, als in den früheren Jahren.

Verichterstatter Hg. Wallenkönig (Zentr.) teilte mit, daß die Budgetkommission den Antrag v. Goltz als ihren eigenen aufgenommen habe.

Herr v. Goltz (Zentr.): Wir stimmen für den konkraten Antrag, der sich mit dem vorjährigen Antrag fortsetzt. Den Minister bitte ich, noch einen Erlaß herauszubringen, der den nachgeborenen Behörden eine schonende Behandlung der Alpenfondation anerkennet. **Herr Dr. Schröder-Gaffel (Kath.)**: Die Alpenfondation müssen einen Rechtsanspruch auf Erhöhung der Pension bekommen. Eine gesetzliche Lösung der Alpenfondationsfrage ist unter allen Umständen notwendig, und ich hoffe, daß der Finanzminister sich auch auf diesen Boden stellt.

Herr v. Dörmann (Freifont.): Ich habe zu unseren alten Beamten das Vertrauen, daß sie fast durdweg würdig sind, eine besondere Bewilligung zu erhalten. Etwas vorkommende Menschlichkeit bei der Prüfung der Frage der Würdigkeit möchte ich vermieden wissen. Ich meine, die Regierung wolle darüber hinaus in der Sache, ein Gesetz vorzulegen, das unseren Beamten entspricht. **Herr v. Dörmann (Fortf.)**: Wir wollen alle diese um den Etat verdienten Männer nicht noch länger enttäuschen, sondern ihnen endlich einen gesetzlichen Anspruch geben. (Beifall).

Herr v. Strödel (Sog.): Wenn auch nicht ein formales, so ist doch ein moralischer Anspruch der Alpenfondation anzuerkennen. Die Regierung könnte wohl ein größeres Entgegenkommen beweisen.

Ein Schlußantrag wurde angenommen. Nach einigen Worten zur Geschäftsbildung der Hg. Graf von der Groeben (Kont.), Giesberts (Zentr.) und Dr. Schröder-Gaffel (Kath.) beschloß das Haus nach den Anträgen der Kommission, wodurch der Antrag von Goltz erledigt war.

Es folgte die Beratung des Titels aus dem Etat des Finanzministeriums, Förderung von 19 Millionen an Dienstvermensverbesserung, von der beidernden Gesetzesvorlage. Die Kommission beantragte Annahme der Forderung unter Vorbehalt der Annahme des Gehaltswunschs betr. die Beförderungsbewerbung. — Dazu lag eine Reihe von Anträgen seitens der Konserativen, Nationalliberalen und Freisinnigen vor.

Zur Geschäftsordnung erklärte **Herr v. Freyher v. Redlich (Freifont.)**: Wir legen Wert darauf, daß die Novelle zur Beförderungsbewerbung noch vor der Tagung im Frühjahr erledigt wird.

Finanzminister Dr. Lenke: Gleich das Schicksal der Beförderungsbewerbung im Reich noch befristet, kann die Beförderungsbewerbung nicht überarbeitet werden.

Herr Dr. Schröder-Gaffel (Kath.): Wir haben unsere Anträge gestellt, weil wir nicht wußten, ob die Regierung die Beförderungsbewerbung juristisch. Nach der Erklärung des Ministers haben wir kein Interesse daran, daß die Staatsberatung durch die Anträge verzögert wird.

Herr Dr. Radwicz (Fortf.): Wir ziehen nach der Erklärung des Ministers unsere Anträge für jetzt zurück in der Erwartung, daß bei Erledigung der Beförderungsbewerbung die Materie so erörtert wird, wie es dem Interesse der Sache und den Interessen der Beamten entspricht. **Herr v. Redlich (Freifont.)**: Ich ziehe für jetzt unseren Antrag zurück, behalte mir aber die Wiederaufnahme vor.

Herr Dr. Forst (Str.): Wir halten es für selbstverständlich, daß die Beförderungsbewerbung erledigt wird, ehe wir ausenabgehen. Wir werden also alles daran setzen, um die neue Beförderungsbewerbung noch vor dem Auseinandergehen des Hauses zu erledigen.

Herr v. Redlich (Freifont.): Wenn die Beförderungsbewerbung nicht zustande kommen, so würde ich doch die Beamten nach wie vor die Ausgleichszulagen unterkräftig erhalten, daß nach der Beförderungsnovelle in Wegfall kommen würden.

Finanzminister Dr. Lenke: Es können den Beamten die in Aussicht genommenen Zulagen nicht als nichtpensionsfähige Zulagen gewährt werden. Sollte das Beförderungsbewerbung nicht zustande kommen, so würde die Regierung selbstverständlich alle diejenigen Ausgleichszulagen und Unterstütlungsfonds weiter bereit halten, die jetzt bestehen.

Herr Dr. Radwicz (Fortf.): Wir haben nicht die Absicht der Erledigung der Geschäfte Schmierigkeiten zu beklagen, aber wir haben den Wunsch, daß die Gelegenheit, die den Beamtenwünsche zur Sprache zu bringen, nicht künstlich befristet wird.

Damit schloß die Geschäftsordnungsdebatte. Ohne weitere inhaltliche Diskussion wurden die Beförderungsbewerbung mit dem von der Budgetkommission gemachten Vorbehalt genehmigt. Die Resolution der Kommission wurde angenommen.

Es folgte der Etat der Allgemeinen Finanzverwaltung, in dem u. a. der Zuschuß zu den Betriebskosten der königlichen Theater enthalten ist. **Herr v. Forst (Str.)**: Die königlichen Inten-

